

14. Oktober 2016

## **Pressemitteilung**

zur Zwangsschliessung der Luzerner Berufs- und Mittelschulen im Kanton Luzern.

**Die vom Kantonsrat beschlossene und nun stattfindende „Sparwoche“ ruft der Luzerner Bevölkerung eindrücklich die Lage der Kantonsfinanzen in Erinnerung. Jetzt ist eine Politik gefragt, die offen und ehrlich über Leistungen entscheidet.**

Vom 18. bis zum 23. Oktober sind im Kanton Luzern sämtliche Berufs- und Mittelschulen geschlossen. Ende 2015 hat der Luzerner Kantonsrat diese ausserordentliche Massnahme beschlossen, offenbar im Glauben, man könne die Kantonsfinanzen lediglich mit Eingriffen auf der Ausgabenseite sanieren. Den meisten Parteien war bewusst, dass damit auch ein enormer Imageschaden in Kauf genommen werden muss. In einem der reichsten Länder der Erde schliesst man aus kurzfristigen finanziellen Nöten die Schulen: Dieser Eindruck bleibt haften.

Ein Jahr später sieht die finanzielle Lage schlechter aus denn je: Bei einem drohenden Fehlbetrag von 520 Mio. Fr. in den nächsten 3 Jahren muss nun definitiv allen Verantwortungsträgern bewusst sein, dass auch Korrekturen auf der Einnahmenseite nötig sind. Die Steuereinnahmen müssen gesteigert werden, und zwar allgemein und nicht nur bei den Unternehmen. Scheindiskussionen über Unternehmensgewinnsteuern bringen auch dem Personal nichts.

### **Politische Ehrlichkeit ist gefragt**

Die anstehende „Sparwoche“ bildet lediglich den Auftakt zu einer weiteren Sparrunde im Kanton Luzern. Nach Jahren des einseitigen Abbaus auf Kosten des Personals gesteht nun die Regierung zum ersten Mal ein, dass sich die finanzielle Lage ohne eine allgemeine Steuererhöhung nicht verbessern lässt. Das ist zu begrüssen. Jene Parteien, welche sich jetzt schon in ihre ideologischen Gräben zurückziehen und diese Steuererhöhung ablehnen, begehen in unserer Beurteilung einen folgenschweren Fehler, dessen Folgen absehbar sind. Wer nach all den Jahren des Sparens immer noch die Lösung auf der Ausgabenseite sieht, soll der Luzerner Bevölkerung ehrlich aufzeigen, welche Leistungen der Staat in Zukunft nicht mehr anbieten will und kann.

### **Fairer Umgang mit dem Personal**

Die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrpersonen wird zu einer massiven Mehrbelastung führen. Wie an allen anderen Schulen, wird diese Massnahme auch an den Berufs- und Berufsmittelschulen schmerzlich spürbar sein. Neben dem notwendig

werdenden Stellenabbau wird die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Luzern als Arbeitgeber in der Bildungslandschaft ein grosses Stück weiter verschlechtert.

Die Berufsbildung steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen Herausforderungen: Integration von jungen und erwachsenen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, Förderung von Lernschwachen innerhalb der Berufsbildung, Digitalisierung und sich ständig wandelnde Berufsbilder, bilingualer Unterricht, rein PC-basierter Unterricht. Ausgerechnet in diese Zeit fällt die geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen. Nur wenn man dem Personal fair aufzeigt, welche Leistung „gespart“ werden können, kann diese Rechnung aufgehen. Welche Bereiche kommen nach den vergangenen Sparjahren noch in Frage: Weniger Kontakt mit Lehrbetrieben, weniger Förderung von Lernschwachen, weniger Experimente im digitalisierten Unterricht, weniger Zweisprachigkeit, weniger Unterstützung für hoffnungsvolle Berufstalente, weniger „Qualitätsmanagement“, weniger Projekte und Arbeitsgruppen in der Verwaltung? Die Antwort muss die Politik liefern.

Mit der leidigen Sparwoche wollte man die Lehrpersonen vielleicht vor noch grösserem Übel bewahren. Dieses Übel kommt nun einfach mit einem Jahr Verspätung in Form der dauerhaften Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung. Eine solche Politik führt ins Nirgendwo. Damit man in Zukunft die Schulen nicht noch länger schliessen muss, sollten die politischen Verantwortungsträger der Luzerner Bevölkerung aufzeigen, dass Bildung und andere staatliche Leistungen ihren Preis haben. Dem Personal muss eine langfristige Perspektive ausserhalb der jährlichen Sparpakete gegeben werden.

Unser Verband will sich auch in Zukunft an dieser Diskussion beteiligen, aber nicht um den Preis der Fairness.

**Kontakt:**

BCH-LU

Benno Wey-Meier, Präsident

[Benno.vey@edulu.ch](mailto:Benno.vey@edulu.ch)

078 812 34 53

***Der BCH Luzern vertritt die Interessen der Berufsschullehrpersonen und Berufsmaturitätslehrpersonen, setzt sich für die Anliegen der Berufsbildung im Kanton Luzern ein und ist das Sprachrohr der Lehrpersonen in der Berufsbildung.***